

Vereinigung der Oberstudiendirektoren des Landes Berlin e.V.

(Vereinigung der an der Leitung von Gymnasien und gymnasialen Oberstufen
in Berlin beteiligten Personen e.V., organisiert im Dachverband BDK)

Vorsitzender: Ralf Treptow



Anschrift privat:

In der Niederheide 5a

16547 Birkenwerder

ralf.treptow@googlemail.com

0177-7530009

030-91607730

030-91607731

Kissingenstraße 12

13189 BERLIN

schulleiter.rlo@t-online.de

Mail privat:

Funktelefon:

Telefon Schule:

Fax Schule:

Anschrift Schule:

Mail Schule:

Berlin, am 12.01.19

Presseerklärung der VOB

mit Blick auf eine **Rückkehr Berlins zur Verbeamtung** von Berliner Lehrkräften

Auf dem richtigen Weg!

Laut Tagesspiegel vom 07.01.19 liebäugelt Senatorin Sandra Scheeres (SPD) inzwischen mit einer **Rückkehr zur Verbeamtung von Berliner Lehrkräften**. Der Regierende Bürgermeister soll, so liest man, die Senatorin unterstützen. Michael Müller kehrt damit zu seiner Position aus dem Jahr 2008 zurück. Seinerzeit hatte er als SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender den Amtsvorgänger von Senatorin Scheeres, Prof. Dr. Zöllner, in dessen Überlegungen zur Rückkehr zur Verbeamtung unterstützt. Zöllner wollte damals der Abwanderung von Lehrkräften in andere Bundesländer durch eine Rückkehr zur Verbeamtung, die in Berlin 2004 ausgesetzt wurde, entgegentreten.

Rechnet man die seit drei Jahren vorliegenden Zahlen zu den Lehrkräften, die das Land Berlin verlassen haben, auf das letzte Jahrzehnt hoch, ist festzustellen: Seit 2008 haben **mehrere tausend Lehrkräfte dem Land Berlin den Rücken gekehrt**, zumeist, weil sie in anderen Bundesländern bessere Bedingungen vorfinden. Unterdessen dürften in den letzten zehn Jahren mehr qualifizierte und junge Lehrkräfte das Land Berlin verlassen haben als von Berlin in den letzten Jahren Quereinsteiger und Menschen ohne Lehrbefähigung als Lehrkräfte eingestellt wurden. Berliner Probleme bei der personellen Ausstattung der Berliner Schule sind also in den letzten 15 Jahren „hausgemacht“.

Unterdessen ist **Berlin das einzige Bundesland**, das Lehrkräfte nicht verbeamtet – ein entscheidender Nachteil im Wettstreit der Bundesländer um junge Lehrkräfte. Berlin verbeamtet noch nicht einmal mehr die Schulleiterinnen und Schulleiter und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter – das ist unverantwortlich mit Blick auf die zunehmenden Streiks von angestellten Lehrenden und angestellten schulischen Führungskräften!

Nach Schätzungen der Schulleiterinnen und Schulleiter warten noch immer mindestens 15% der derzeitigen angestellten Berliner Lehrkräfte auf ein Angebot ihrer Wunschschule aus Brandenburg, um bei der nächsten dort freiwerdenden Stelle ihren Dienort in das Nachbarbundesland zu verlegen. Zumeist ist dafür noch nicht einmal ein Wohnortwechsel nötig. Entsprechende Angebote werden aus Brandenburg kommen, denn auch

Brandenburg sucht Lehrkräfte und wirbt sehr offensiv mit dem Beamtenstatus. **Berlin wird daher weitere tausende Lehrkräfte verlieren, wenn die politischen Entscheidungen nicht endlich der Realität angepasst werden.**

Eine Trendwende muss her, denn Berlins Schulleiterinnen und Schulleiter wissen auch: **Zahlreiche der in Berlin im Vorbereitungsdienst ausgebildeten Lehramtsanwärter nehmen ein Angebot auf Beschäftigung in Berlin nach dem eigenen Staatsexamen nicht an** und beginnen ihre Berufslaufbahn lieber in einem anderen Bundesland. Zumeist sind es diejenigen, die Berlin dringend brauchen würde: Grundschullehrkräfte und Lehrkräfte für Mängelfächer wie Mathematik und die Naturwissenschaften, die von vielen Bundesländern gesucht werden.

Selbst bei der Werbung von Lehramtsstudierenden für den Vorbereitungsdienst ist Berlin unterdessen in einer beklagenswerten Lage: Weder bekommt Berlin genügend Bewerbungen dafür und schon mal gar nicht genügend Bewerbungen von Lehramtsstudentinnen und Lehramtsstudenten, die Mängelfächer der Berliner Schule studiert haben.

Die Bildungsverwaltung unter Senatorin Scheeres hat in den letzten fünf Jahren alle möglichen und denkbaren Initiativen gestartet, um Lehrkräfte in Berlin zu halten und neue Lehrkräfte zu gewinnen. **Alle diese begrüßenswerten Maßnahmen haben aber nicht die Auswirkungen der falschen Grundsatzentscheidung von 2004 aufhalten können.**

Die VOB ruft die Koalitionspartner der SPD, also die Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen auf, den Vorstoß von Senatorin Scheeres zu unterstützen.

Es ist falsch, wenn die bildungspolitische Sprecherin der Linken, Regina Kittler, erklärt, „anstatt zum Beamtenstatus zurückzukehren, sollten die Angestellten bei der Lohnfortzahlung und bei der Rente besser gestellt werden“, denn: Berlin stuft seine neu angestellten Lehrkräfte schon jetzt und als einziges Bundesland in die Erfahrungsstufe 5 ein und bezahlt alle angestellten Lehrkräfte danach. Normalerweise erreicht eine Lehrkraft die Erfahrungsstufe 5 erst nach jahrzehntelanger Berufserfahrung. Der Effekt: Junge Lehrkräfte in Berlin gehen zu einem hohen Maße in Teilzeitbeschäftigung, weil sie sich es eben leisten können, und sorgen dadurch (neben den zahlreichen durch Erreichen der Altersgrenze die Schule verlassenen Lehrkräften) für einen sich stets erneuernden und unterdessen dramatischen Lehrkräftebedarf. Berlin hat also viele Maßnahmen ergriffen und dennoch nicht seine Position im Wettstreit um die jetzigen und zukünftigen Lehrkräfte grundlegend verbessert.

Frau Kittler malt sich mit ihrer Position, dass sie die Verbeamtung „nicht als Lösungsansatz gelten lassen kann“, die Berliner Realität schön, anstatt die Schulrealität in Berlin zu begreifen. Seit Kurzem kann die Berliner Öffentlichkeit mit Zahlen belegen, dass auch in anderen bildungspolitischen Fragen Berlins die Realität ausgeblendet wird, man nehme nur mal die „Erfolge“ der Gemeinschaftsschule.

Die Mitglieder der VOB setzen ihr Vertrauen mit Blick auf den Vorstoß von Frau Scheeres und Herrn Müller in Zuversicht auf die SPD-Fraktion und auf jene Mitglieder der Linksfraktion und der Fraktion der Bündnisgrünen im Abgeordnetenhaus, die sich der Realität nicht verweigern.

Ralf Treptow
Sprecher der VOB